

Aktuelle Stunde zur Lage in der Ukraine

Alle diplomatischen Mittel ausschöpfen

In der Ukraine-Krise setzt die große Koalition weiter auf Diplomatie. Politiker von CDU/CSU sprachen sich in einer Aktuellen Stunde des Bundestages am Mittwoch aber auch für weitere EU-Sanktionen gegen Russland aus, falls Moskau nicht zur Deeskalation der Lage beitrage.



Foto: picture alliance/dpa

Die Lage in der Ukraine ist weiterhin deutlich angespannt. Der Gesprächsfaden darf jedoch nicht abreißen.

Erleichtert zeigten sich die Abgeordneten darüber, dass die OSZE-Militärbeobachter wieder frei sind, die über eine Woche lang von prorussischen Separatisten festgehalten worden waren. „Noch kann Vernunft die Oberhand gewinnen, aber sie kann nur die Oberhand gewinnen, wenn alle Beteiligten bereit sind, auf den Weg von politischen Lösungen zurückzufinden - allen voran in Moskau und in Kiew“, sagte Außenminister Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD) am Mittwoch in einer Aktuellen Stunde zur Lage in der Ukraine.

Die Situation im Osten und Südosten des Landes sei angesichts des „brutalen Aufeinanderstoßen“ prorussischer Kräfte und ukrainischer Sicherheitskräfte „furchtbar“. „Wir spüren, dass die Nachrichten nicht nur immer schlechter, sondern immer schneller schlecht werden“, sagte Steinmeier. Angesichts der dramatischen Ereignisse im Osten und Süden der Ukraine betonte der Bundesaußenminister erneut,

dass eine militärische Lösung nicht in Frage komme. Die Diplomatie bewege sich zwar immer nur in kleinen Schritten voran, doch „Aufgeben ist keine Option“, betonte er. Er sprach sich für eine weitere Genfer Konferenz mit Russland, der Ukraine, der EU und den USA aus, um verbindliche Schritte zu einer Deeskalation zu vereinbaren.

Der außenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Florian Hahn, betonte, man müsse immer wieder das Gespräch mit der russischen Regierung suchen und

**Keine
militärische
Lösung**

„alle diplomatischen Mittel ausschöpfen“. Wenn die Russische Föderation wirklich etwas zur Entschärfung der Lage tun wolle, müsse sie endlich aktiv werden. Angekündigte Militärparaden auf der Krim seien sicherlich das falsche Signal. Allerdings wurden auch weitere Strafmaßnahmen gegen Russland erwogen, falls die Regierung in Moskau die Vereinbarung der ersten Genfer Konferenz nicht umsetzt.



Liebe Leserinnen und Leser,

in der öffentlichen Diskussion findet in den letzten Wochen das Rentenpaket der Bundesregierung besondere Aufmerksamkeit.

In einer Expertenanhörung des Bundestags an diesem Montag hat sich gezeigt, dass es vor allem bei der abschlagsfreien Rente mit 63, die auf Wunsch der SPD im Koalitionsvertrag verankert wurde, noch einige Probleme zu lösen gibt. Zentraler Punkt für das parlamentarische Verfahren ist dabei die Vermeidung einer Frühverrentungswelle. Darüber hinaus dürfen Zeiten der Arbeitslosigkeit nur begrenzt Berücksichtigung finden; und wenn schon Arbeitslosigkeitszeiten angerechnet werden, ist es eine Frage der Gerechtigkeit, auch Zeiten freiwilliger Beitragszahlung zu berücksichtigen. Schließlich setzen wir uns für verbesserte Möglichkeiten im Hinblick auf einen flexibleren Renteneintritt ein.

Bei aller Diskussion um die Rente mit 63 darf aber nicht aus dem Blickfeld geraten, dass drei der vier Punkte des Rentenpakets, die das Leben vieler Menschen in unserem Land entscheidend verbessern werden, auf Unionsinitiative zurückgehen, nämlich die verbesserte Absicherung erwerbsgeminderter Menschen, die Anpassungen beim Reha-Budget, durch die dem zunehmenden Reha-Bedarf Rechnung getragen wird, und schließlich die Mütterrente, mit der Kindererziehungszeiten von vor 1992 geborenen Kindern besser berücksichtigt werden.

Ich bin zuversichtlich, dass wir bis zur abschließenden Beratung im Bundestag am 23. Mai zusammen mit der SPD zu einem guten Gesamtpaket kommen werden, so dass die neuen Rentenregelungen zum 1. Juli 2014 in Kraft treten können.

Mit freundlichen Grüßen

Florian Hahn MdB

Kommunalwahlen am 7. Mai 1989

Ausgangspunkt der friedlichen Revolution in der DDR

Der Bundestag hat am Mittwoch der Proteste vor 25 Jahren gegen die gefälschten Kommunalwahlen vom 7. Mai 1989 in der DDR als „Ausgangspunkt“ und „Initialzündung“ der friedlichen Revolution gegen das SED-Regime gedacht. Die Redner aller Fraktionen würdigten den Mut jener Menschen, die das verkündete amtliche Wahlergebnis von 98,85 Prozent für die Einheitsliste der Nationalen Front öffentlich anzweifelten und gegen die Manipulationen demonstrierten.

Im Mai 1989 öffnete sich erstmals dauerhaft eine Lücke im „Eisernen Vorhang“, der Europa knapp 50 Jahre lang getrennt hatte. Ein wesentlicher Schritt, der zum Ende des SED-Regimes in der ehemaligen DDR beigetragen hat, war die Aufdeckung der massiven Fälschungen bei der Kommunalwahl in der DDR am 7. Mai 1989. Es bildeten sich immer mehr Bürgerkomitees, die dem SED-Staat nachweisen konnten, dass er die Ergebnisse der Wahlen fälschte. Die am 7. Mai 1989 bloßgestellte Einheitspartei verlor in den Augen vieler Menschen in der DDR zunehmend an Legitimität. Die Bürgerrechtsbewegung gewann über den Nachweis der Fälschung hingegen



Foto: picture alliance /

Eine Farce: Kommunalwahlen vor 25 Jahren in der DDR

an Erkennbarkeit und Zuspruch. Mit dem Nachweis der Wahlfälschungen begann ein unumkehrbarer Prozess, der zum Fall der Mauer und schließlich zum Ende der SED-Diktatur führte. Der

Weg zur deutschen Einheit war frei – und damit am Ende auch der Weg zur europäischen Wiedervereinigung. Daran hat der Deutsche Bundestag am Mittwochnachmittag erinnert.

Diese Woche

Aktuelle Stunde zur Lage in der Ukraine	
Alle diplomatischen Mittel ausschöpfen 1	
Kommunalwahlen am 7. Mai 1989	
Ausgangspunkt der friedlichen Revolution in der DDR	2
Bundestags-ABC	
Was ist ein... Arbeitsparlament?	2
EU-Osterweiterung	
Positive Entwicklung	3
Treffen mit Bahn-Vorstand	
Mobilität langfristig sichern	3
EEG-Reform	
Bezahlbare Energie	3
Klausurtagung auf dem Petersberg	
Konstruktiv und atmosphärisch gut	3
Syrische Flüchtlinge	
Schnelle Hilfe	3
Zum 75. Geburtstag	
Dr. Theo Waigel - Ein großer Europäer und Vordenker	4
Delegation der CSU-Landesgruppe in Ägypten, Kenia und Kamerun	
„Ich werde ein noch stärkeres Augenmerk auf Afrika richten“	4

IMPRESSUM:

Der Meinungsbeitrag auf S. 1 gibt die persönliche Auffassung des betreffenden Abgeordneten wieder.
Foto Editorial: Pleyer Landshut

Verantwortliche Redakteurin: Christina Harbusch
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712
e-mail: bab@dcdcsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Diese Veröffentlichung der CSU-Landesgruppe dient ausschließlich der Information und darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Bundestags-ABC

Was ist ein... Arbeitsparlament?



Foto: Deutscher Bundestag/Marc-Steffen Unger

Bundestag, US-Kongress und EU-Parlament haben eines gemeinsam: Sie sind „Arbeitsparlamente“. Das prominente Zentrum des Reichstags bildet das Plenum. Es bestimmt das öffentliche Bild des Parlaments. Immer wieder kommt es zur Verwunderung über die scheinbar geringe Zahl der Parlamentarier, die sich bei einer Debatte im Plenum befinden. Dieser Verwunderung liegt das Bild eines „Redeparlaments“ zugrunde: In einem Redeparlament, am ehesten in Großbritannien durch das britische Unterhaus verkörpert, findet die zentrale Problemformulierung und Lösungsfindung in Form von Rede und Gegenrede durch Regierung und Opposition im Plenum selbst statt. Der Bundestag funktioniert im Gegensatz dazu nach dem Bild eines „Arbeitsparlaments“: Im Plenum findet eine Information der Öffentlichkeit durch Redebeiträge der

Abgeordneten statt, in denen kompakt zentrale Argumente und Gründe präsentiert werden, die die jeweilige Fraktion zu ihrer Position geführt haben. Ein großer Teil der parlamentarischen Arbeit des Abgeordneten fällt allerdings auf die Ausschüsse: Hier werden im Gesetzgebungsprozess häufig wochenlang Experten gehört, hier findet die Detailarbeit statt und werden die Entscheidungen des Plenums vorbereitet. Im Plenum selbst wird dann entschieden und die Debatte dient vor allem der Information von Presse und Öffentlichkeit. Eine lang andauernde Debatte mit allen Abgeordneten, die gar nicht Mitglied des zuständigen Ausschusses sind, ist also gar nicht nötig und wäre ineffizient. Auch der Kongress in den USA oder das Europäische Parlament arbeiten wie der Deutsche Bundestag nach diesem Prinzip.

EU-Osterweiterung



Foto: picture alliance/dpa

Stabilität einhalten

Die Erweiterung der Europäischen Union um acht osteuropäische Staaten sowie die Mittelmeerinseln Malta und Zypern zum 1. Mai 2004 hat in der Gemeinschaft insgesamt zu zusätzlichen Wachstumsimpulsen sowie einer Wohlstandssteigerung geführt. Zu diesem Schluss kommt eine Studie des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit. Die CSU-Landesgruppe betont jedoch, dass gerade diese Länder in besonderer Weise auf die Einhaltung der Stabilitätskriterien achten müssen. In einer Debatte hat der Bundestag die Überwindung der Teilung Europas bilanziert und die Rolle, die der EU in der Stabilisierung und Entwicklung Europas zukommt, gewürdigt.

EEG-Reform



Foto: Bundesregierung/Andrea Bienert

Bezahlbare Energie

Damit der Umstieg auf regenerative Energien vorangeht und der Strom bezahlbar bleibt, ist eine Reform des Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) nötig. Die Novelle schreibt erstmals verbindliche Ausbaupfade für einzelne Technologien vor. Zudem soll sie die Kostendynamik bei den Erneuerbaren Energieträger setzt und übermäßige Förderungen abbaut. Das Gesetz umfasst zudem eine Neuregelung, die die Entlastungen der energieintensiven Industrie von der EEG-Umlage betrifft. Entlastungen sind notwendig, um die Wettbewerbsfähigkeit und viele Arbeitsplätze in den Unternehmen zu erhalten, die besonders viel Strom verbrauchen.

Syrische Flüchtlinge



Foto: picture alliance/dpa

Schnelle Hilfe

Die Situation der syrischen Flüchtlinge in der Krisenregion ist unverändert dramatisch. Immer mehr Menschen verlassen Syrien, so dass die Lebensbedingungen in den Anrainerstaaten immer schwieriger werden. In Deutschland leben mittlerweile mehr als 65.000 syrische Staatsbürger. Deutschland trägt seit 2012 mit mittlerweile mehr als 512 Millionen Euro zur humanitären Hilfe für die Flüchtenden bei. In einem Antrag von CDU/CSU und SPD unterstreicht die Koalition, dass Deutschland und Europa gefordert sind, ihre Hilfsleistungen für Flüchtlinge aus Syrien zu verstärken und weiterhin zielgenau und großzügig zur Linderung der Not beizutragen.

Treffen mit Bahn-Vorstand



Foto: CSU-Landesgruppe

Mobilität langfristig sichern

Zu einem Gedankenaustausch ist die CSU-Landesgruppe mit dem Vorstand der Deutschen Bahn in Berlin zusammengekommen. Die Abgeordneten konnten ihre Fragen und Forderungen unter anderem an den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Bahn AG Rüdiger Grube richten. Das Zusammentreffen wurde von beiden Seiten zum intensiven Meinungsaustausch genutzt. Grube erläuterte die aktuellen Herausforderungen der Deutschen Bahn AG und gab Auskunft über die Planungen und Entwicklungen verschiedener Bahnprojekte – wie beispielsweise Ausbau, Modernisierung oder Maßnahmen zum Lärmschutz. Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe Gerda Hasselfeldt betonte: „Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist die unabdingbare Voraussetzung für den Erfolg unserer Wirtschaft und damit dem Wohlstand unseres Landes. Unser Ziel ist deshalb, den Verkehrsträger Schiene weiter zu stärken und auszubauen – gerade auch im ländlichen Raum. Dazu gehören natürlich moderne und barrierefreie Bahnhöfe.“

Klausurtagung auf dem Petersberg



Foto: marc-steffen unger

Konstruktiv und atmosphärisch gut

Die Geschäftsführenden Fraktionsvorstände der CDU/CSU- und SPD-Bundestagsfraktion haben auf einer Klausur auf dem Petersberg bei Bonn wichtige außen-, gesellschafts- und finanzpolitische Beschlüsse gefasst. Alle Seiten lobten die sehr gute Atmosphäre. Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt sagte, die Tagung sei geprägt gewesen von Sachlichkeit und dem gemeinsamen Willen, die anstehenden Probleme zu lösen. Hasselfeldt betonte: „Diese Klausurtagung ist eine gute Grundlage für die weitere Arbeit in der Koalition.“ Sie erklärte, dass sich die Koalition auch den großen gesellschaftspolitischen Fragen verpflichtet sieht. Die Koalitionsspitzen haben sich weiterhin auf Beschlüsse zu den Themen Sterbehilfe und Stärkung der Palliativversorgung verständigt. Ziel sei es beim Thema Sterbehilfe, aus der Mitte des Parlaments eine breite gesellschaftspolitische Diskussion zu diesem schwierigen ethischen Thema anzustoßen. Außerdem solle die Palliativversorgung flächendeckend verbessert werden.

Zum 75. Geburtstag

Dr. Theo Waigel - Ein großer Europäer und Vordenker

Die europäische Staatsschuldenkrise wie auch die Ereignisse in der Ukraine haben die historische Bedeutung des politischen Lebenswerkes des ehemaligen CSU-Landesgruppenvorsitzenden und CSU-Ehrenvorsitzenden Dr. Theo Waigel einmal mehr auf eindringliche Weise in das öffentliche Bewusstsein gerückt.

In seiner Amtszeit als Bundesfinanzminister hat Theo Waigel mit der deutsch-deutschen Währungsunion und dem Vertrag von Maastricht maßgebliche Weichen für ein geeintes Deutschland und eine vertiefte europäische Integration gestellt. Beide Vorhaben hat er nie nur auf finanzpolitische oder technokratische Fragen reduziert, sondern sie als grundlegenden Beitrag zu einer übergreifenden Wertegemeinschaft und zu einem nachhaltigen Bündnis unseres Volkes wie der europäischen Völker verstanden.



Foto: picture alliance/Jazzarchiv

Effekte zeitigen und dadurch die enge Bindung der Völker Europas dauerhaft sichern würde. Deshalb setzte er sich mit aller Kraft dafür ein, im Vertrag von Maastricht und vor allem im europäischen Stabilitätspakt verbindliche Stabilitätskriterien sowie einen Haftungsausschluss für die Verbindlichkeiten einzelner Mitgliedsstaaten zu verankern.

Waigel erkannte zum rechten Zeitpunkt, dass im Zuge der Einführung der D-Mark in der DDR mit einigen Ausnahmen ein Wechselkurs von 1:1 die Voraussetzung für eine Zusammenführung der Deutschen auf Augenhöhe und damit einhergehend für eine erfolgreiche Einheit war. Und er wusste, dass nur eine stabile europäische Währung nach deutschem Vorbild positive wirtschaftliche

In beiden Fällen zeigte sich in besonderer Weise Waigels Ansatz, pragmatische Lösungsansätze aus programmatischen Grundsätzen herzuleiten. Seine tagespolitischen Entscheidungen hatten stets einen Bezug zu unserem christlich-sozialen Wertefundament und ein klares Ziel für die Zukunft. Die CSU-Landesgruppe schreibt das politische Lebenswerk unseres Ehrenvorsitzenden fort. Theo Waigel ist uns bis heute wichtiger Impulsgeber. Wir sind stolz, mit ihm einen der größten Europäer und politischen Vordenker unserer Zeit in unseren Reihen zu wissen.

Delegation der CSU-Landesgruppe in Ägypten, Kenia und Kamerun

„Ich werde ein noch stärkeres Augenmerk auf Afrika richten“

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt hat Ägypten, Kenia und Kamerun besucht. Anlass für die Reise war, sich vor dem Hintergrund der neuen Afrika-Strategie der Bundesregierung mit dem CSU-geführten Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung ein Bild von der Situation vor Ort zu machen. Auf dem Programm standen Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern und Vertretern internationaler Organisationen sowie der Besuch deutscher Entwicklungshilfeprojekte.



Foto: CSU-Landesgruppe

In ihrer Delegation reisten die Bundestagsabgeordneten Andrea Lindholz, Alois Rainer und Dr. Wolfgang Stefinger mit. „Ägypten, Kenia und Kamerun stehen vor enormen Herausforderungen“, so Hasselfeldt, „Ägypten sieht sich gegenwärtig mit einer institutionellen Krise konfrontiert. Das hat spürbar negative Auswirkungen auf die Situation der Minderheiten, der Rechtsstaatlichkeit und der Wirtschaft.“ Die politische Führung sei spätestens nach den Präsidentschaftswahlen im Mai gefordert, schnellstmöglich Reformen einzuleiten. Lippenbekenntnissen zu mehr Freiheit und Demokratie müssten endlich Taten folgen. Massenhafte Todesurteile gegen Muslimbrüder im

Schnellverfahren und Strafverfahren gegen Mitarbeiter der Konrad-Adenauer-Stiftung seien fatale Signale und würden die Spaltung des Landes verschärfen, sagte Hasselfeldt. In den Gesprächen habe sie dies klar angesprochen und auf Veränderungen gedrängt. Hoffnung machten der CSU-Delegation positive wirtschaftliche Entwicklungen in Kenia und Kamerun. Insbesondere bei der nachhaltigen Energiepolitik ist der gesamte Kontinent auf dem Vormarsch machte der Leiter des VN-Umweltprogramms, Achim Steiner, bei seinem Gespräch mit der Delegation deutlich. Bei Besuchen von Entwicklungshilfeprojekten deutscher Organisationen konnten die Abgeordneten in allen drei Ländern erleben, wie bei Bildung, Gesundheit und Landwirtschaft greifbare Erfolge erzielt werden. In Kamerun traf die Delegation den ehemaligen Kollegen Dr. Christian Ruck. Er gewährte Einblicke in seine neue Tätigkeit als Leiter der KfW-Programme. „All das zeigt, dass den großen Herausforderungen der Länder vielfältige Chancen gegenüber stehen. Zukünftig will ich in meiner Tätigkeit ein noch stärkeres Augenmerk auf Afrika richten und dazu beitragen, dass diese Chancen auch genutzt werden“, so Hasselfeldt.